



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung Punkt 7.2 der öffentlichen Sitzung am 4. Februar 2025

Vorlagen-Nr. 25-F-77-0001

Erhalt und Zukunft des Frühlingsfestes

- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Die Linke und Volt vom 04.02.2025 zu TOP I/7 "Erhalt und Zukunft des Frühlingsfestes" für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 4.02.2025 -

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) gemeinsam mit dem Schaustellerverband zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Gibber Bleichwiesen zu einem attraktiven und dauerhaften Standort für das Frühlingsfest werden könnten.
- 2) die Machbarkeit der Salzbachau als dauerhaften Standort für das Frühlingsfest vertieft zu prüfen. Maßgaben bei der Prüfung sind:
 - a) dass ein regulärer Linienbetrieb auch während der Durchführung des Frühlingsfestes sichergestellt sein muss.
 - b) dass der Schlachthof in seinem ohnehin begrenzten Open-Air-Programm (Schallschutzvereinbarungen) nicht weiter eingeschränkt wird.
 - c) dass mit einer potentiellen Nutzung der Fläche keine Baumfällungen einhergehen sollten.
- 3) Vor diesem Hintergrund ist insbesondere zu prüfen:
 - a) Wie groß ist die benötigte Fläche insgesamt und welche Teile des Parkplatzes Salzbachau würden dafür in Anspruch genommen?
 - b) Mit welchen Auswirkungen ist auf den Busbetrieb von ESWE Verkehr zu rechnen (u. a.: Kosten, betrieblicher Aufwand, Auswirkungen auf Linienfahrplan)
 - c) Wo können die Busse in der Zeit des Festbetriebs abgestellt werden?
 - d) Welche Auswirkungen haben die Lärmemissionen des Frühlingsfestes auf alle betroffenen Anwohner*innen?
 - e) Inwiefern ist die Durchführung des Frühlingsfestes mit dem Veranstaltungsprogramm des Schlachthofs kompatibel? Dabei ist auch die bestehende Vereinbarung mit dem Schlachthof für eine begrenzte Anzahl von Schallereignissen zu berücksichtigen.
 - f) Welche baulichen und infrastrukturellen Anforderungen bestehen an den Platz sowie ggf. finanzieller Aufwand, um diese Anforderungen herzustellen?
- 4) Wie lange müsste der Platz für mögliche Bauarbeiten gesperrt werden?
- 5) Auch die betroffenen Ortsbeiräte in den Prozess einzubinden und die Meinung der Gremien zu berücksichtigen.

Beschluss Nr. 0021

Der Antrag wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2025

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2025

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister